



AFD-CHEF JÖRG MEUTHEN GEGEN SECHS - LIVESTREAM AB 21 UHR

Video: Spitzenkandidaten bei 90 Minuten-Gipfel zur EU-Wahl

Offenbar will man sich kurz vor der Europawahl im zwangsgebührenfinanzierten Staatsfernsehen nicht komplett als einseitige Agitprop-Maschine angreifbar machen. Und so ist der AfD-Vorsitzende Jörg Meuthen zusammen mit den anderen EU-Spitzenkandidaten der Bundestagsparteien ab 21 Uhr (mit Livestream) zu Gast bei einem 90-minütigen [„Gipfeltreffen Europa“](#) in der ARD.

Meuthen, der sich bereits am Sonntag bei Anne Will trotz eines sehr schwierigen Themas [überraschend gut behaupten](#) konnte (siehe Best of-Video unten), hat heute erneut die Gelegenheit, dem Spitzenpersonal der Altparteien auf Augenhöhe Paroli zu bieten. Dabei dürften die Voraussetzungen aufgrund der thematischen Offenheit des Formats sogar besser sein als bei Anne Wills versuchten Suffvideo-Tribunal.

Zudem müsste bei insgesamt 90 Minuten Sendezeit zumindest theoretisch auch genügend Raum sein für den rhetorisch geübten und intellektuell satisfaktionsfähigen Volkswirtschaftsprofessor Meuthen, Argumentationslinien der AfD zur Europapolitik etwas umfangreicher darzustellen.

Es könnte also wieder interessant werden – und das auch für noch nicht zu 100 Prozent entschlossene AfD-Wähler.



Video: 183. Pegida aus Dresden

Knapp eine Woche vor der EU-Parlamentswahl findet in diesen Minuten die 183. Pegida-Kundgebung aus der Hauptstadt des Widerstands, Dresden, statt. Pegida-Sprecher Wolfgang Taufkirch wird sich daher ausgiebig mit der Wahl am Sonntag und auch mit Volksabstimmungen befassen. Lutz Bachmann wird das Thema „Strache/Ibiza“ behandeln und Siggie Däbritz den aktuellen Verfassungsschutzbericht, der Pegida als „nicht-extremistisch“ einstuft, Revue passieren lassen.



Bundestag: Claudia Roth vergleicht Claudia Roth mit Goebbels

Von JOHANNES DANIELS | Wenn Worte sprechen könnten, verehrte „Bundestagsvizepräsidentin“: Jürgen Braun, der menschenrechtspolitische Sprecher der AfD-Fraktion im Bundestag, [forderte am 17. Mai](#) eine namentliche Abstimmung zum Verbot der „Boycott, Divestment and Sanctions“-Bewegung (BDS). Die BDS-Bewegung und deren Vorgängerorganisationen versuchen nun seit [110 Jahren, Juden und jüdische Einrichtungen](#) in Palästina und Israel zu vertreiben oder gleich zu vernichten. Besonders unappetitlich ist dabei, dass die antijüdische Hetz-Organisation über alle Stiftungen der deutschen Systemparteien finanzielle Unterstützungen erhielt, was einer breiten Öffentlichkeit nicht bekannt ist:

Die CDU-nahe Konrad-Adenauer-„Stiftung“ und die linksradikale Heinrich-Böll-„Stiftung“ (GRÜNE) förderten beispielsweise die palästinensische „Miftah“, die die BDS erheblich mit über 300.000 Euro Steuergeld zwischen 2008 bis 2013 unterstützte. Die Palästinenser-Terror-freundliche Bundesregierung förderte israelfeindliche Projekte von NGOs von 2012 bis 2015 mit insgesamt 1.680.000 Euro Steuergeld!

Nach der rhetorisch und inhaltlich bemerkenswerten [Rede Jürgen Brauns](#) schwurbelte die im originell-bunten Papagena-Kostüm gewandete“ Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth im Anschluss laut Protokoll:

*„Ich möchte darauf hinweisen, dass hier demokratisch gewählte Abgeordnete und sitzen (rumsitzen ?) aus demokratischen Parteien und Herr Braun ich wäre sehr vorsichtig mit dem Zitat **Altparteien** in diesem Zusammenhang aus der allerdunkelsten Geschichte ist dieses Wort zitiert worden immer wieder von*

Joseph Goebbels und ich geh davon aus, dass Sie das nicht zitieren.“

Dagegen die selbe Claudia Roth im WDR 2013:

*„Ich möcht’ immer noch darauf bestehen, dass wir uns unterscheiden äh von den **Altparteien**“.*

Möglicherweise benutzte Joseph Goebbels am 9. April 1938 in Wien in einer Rede das Wort „Altparteien“, exakt historisch belegt ist es bislang nicht. [Google Books](#) findet unter den über drei Milliarden eingescannten Büchern genau 14 Bücher, in denen diese Nomenklatur bis 1945 Verwendung fand. Vier davon stammen aus der Zeit von 1933 bis 1945 und kein einziges davon verbürgt von Joseph Goebbels.

Laut dem „Glossar“ der linksgerichteten steuerfinanzierten „[Neuen Medienmacher](#)“ wurde der Begriff Altparteien „für Nazipropaganda, z. B. von Joseph Göbbels benutzt, um die NSDAP als neue, vorgeblich junge politische Partei zu propagieren. Er wird heute in diskreditierender Absicht für bewährte demokratische Parteien im Bundestag verwendet“.

Die historisch wohl mittelgut gebildeten Neuen Medienmacher schrieben allerdings „Göbbels“ statt Goebbels. Auch in punkto Allgemeinbildung schauen die „Altparteien“ eher alt aus.



Wem schadet „Ibiza“? Kanzler Kurz, der FPÖ oder sogar der AfD?

Von KEWIL | Die gleichgeschalteten, aber in Sachen Österreich völlig ahnungslosen großdeutschen Linksmedien sind total aus dem Häuschen und freuen sich darauf, dass die rechtskonservativen Parteien der EU am Wochenende einen herbei halluzinierten Einbruch bei den Wählerstimmen erleiden. Die Talkshow-Hennen des öffentlich-rechtlichen Staatsfernsehens dito. Ist das so?

Nun das Strache-Video aus Ibiza kennt in Frankreich und Italien kein Mensch, und kein Ungar oder Holländer interessiert sich dafür. Auch die AfD hat damit nicht das Geringste zu tun. Es ist nicht damit zu rechnen, dass die Alternative deshalb Stimmen verliert, zumal die konservative, rechte Wählerbasis der AfD in letzter Zeit ziemlich stabil zu sein scheint.

Anders sieht es in Österreich aus. Bei der Nationalratswahl 2017 erzielte die FPÖ knapp 26 Prozent der Stimmen und bei der EU-Wahl 2014 knapp 20 Prozent und damit 4 Sitze. Selbst wenn die FPÖ aber von ihrem Höhenflug 2017 sechs Prozent verliert, wäre sie wieder auf dem Stand von 2014 und könnte ihre 4 Sitze behalten. Niederlagen sehen anders aus. Und der beliebte neue FPÖ-Chef Norbert Hofer kriegte bei der Bundespräsidentenwahl 2016 fast die Hälfte aller Wählerstimmen. Warum sollte ausgerechnet er jetzt nur 10 Prozent kriegen?

Anders sieht es für Kanzler Sebastian Kurz aus. Anstatt nach dem Rücktritt von Strache und Gudenus die erfolgreiche Koalition mit der FPÖ fortzuführen, witterte er offenbar eine Chance, den politisch erfolgreichen, konsequent agierenden Innenminister Kickl (FPÖ) mit zu entsorgen. Die FPÖ machte

aber nicht mit und lässt die Regierung zerbrechen. Was will Kurz jetzt machen?

Er wird von der FPÖ verlassen und kann sich auf keinen Fall mit der abgewirtschafteten SPÖ verbünden. Ein solcher rabiater Korrekturwechsel wäre für die ÖVP fatal. Die Grünen sind aus dem Parlament geflogen, was die deutsche Journaille offenbar gar nicht weiß, und der grüne Abspalter Peter Pilz mit der Liste Pilz hatte „jetzt“ zwischenzeitlich ein Problem mit Busengrabscherei, was die großdeutsche Presse auch nicht weiß. Blieben für Kurz die NEOS mit fünf Prozent. Es sind aber alles Splitterparteien, selbst wenn die Grünen wegen dem „Klimawandel“ wieder in den Nationalrat kommen.

Und dieses Problem wird Kanzler Kurz für die Zwischenzeit bis zu Neuwahlen im September und danach bleiben. Er wird für seine ÖVP-Liste Kurz die absolute Mehrheit anstreben, die er allein nicht erreicht (siehe Leser-Kommentare in der Krone und anderen Presseorganen), und mit wem will er dann regieren? Er hat sich selbst verschuldet ein großes Problem an den Hals gehängt, anstatt mit den Freiheitlichen weiter gute Politik zu machen.



Illegale Afrikaner blockieren

Terminal des Pariser Flughafens

Von CHEVROLET | Deutschland den Deutschen? Nein, das gibt es nicht mehr, seit Merkel die Türen für alle und jeden öffnete. Deutschland für alle, lautet ihr Motto. Vor allem das, was die Deutschen erwirtschaftet haben, dürfen alle, die es wollen, in Selbstbedienung mitnehmen.

Und in Frankreich? Da erklingt seit Sonntag am Flughafen Charles-de Gaulle im Terminal 2 der Ruf „Frankreich gehört nicht den Franzosen. Jeder hat das Recht hier zu sein“. Das skandieren rund 500 illegale Einwanderer, überwiegend Afrikaner, wie Bilder belegen, auf dem Flughafen, die das Terminal 2 blockierten und verhinderten, dass Flugpassagiere an Bord ihrer Flüge gelangen konnten.

Hinter der Aktion steckt die Pro-Migrations-Gruppe „La Chapelle Debout“, die sich dafür einsetzt, dass jeder, auch abgelehnte Asylforderer, in Frankreich bleiben können.

In Anlehnung an die Volksbewegung der Gelben Westen nennen sich die Demonstranten „Schwarze Westen“. Sie fordern auch, dass die Fluglinie Air France sich nicht an Rückführungen, in Frankreich offen Deportationen genannt, beteiligt, und jegliche finanzielle, materielle, logistische oder politische Unterstützung einstellt, wie es [auf Facebook](#) heißt.

Die Zeitung [„Le Parisien“](#) berichtet, dass der CDG-Flughafen deshalb ausgewählt wurde, weil sich in dessen Nähe ein Abschiebe-Zentrum befindet, wo Illegale vor ihrer Deportation untergebracht würden.

Plusieurs centaines de sans papiers envahissent le Terminal 2 de l'aéroport Roissy pour dénoncer les expulsions et le traitement des sans papiers. Utilisation de gaz lacrymogènes par les policiers.

Ils veulent parler au PDG d'Air France et au premier ministre Edouard Philippe. pic.twitter.com/DGNLJGVf1o

– Remy Buisine (@RemyBuisine) [19. Mai 2019](#)



Warum das Ende von „Game of Thrones“ gar nicht so schlecht ist

Von ARENT | Die letzte Staffel von „Game of Thrones“ hat – völlig zu recht – viel Kritik einstecken müssen. Sie ist überhastet erzählt, viele Charaktere bekommen ein unrühmliches Ende. Trotzdem ist das Ende gar nicht so schlecht.

Besonders viel Kritik wurde daran geübt, dass der Night King – die ultimative Bedrohung, hinter der alles andere zurückstehen musste und vor dem die gesamte Serie über gewarnt wurde – auf einmal zur Witzfigur verkommt. Der „Endgegner“, den alle erwartet hatten, wurde in einer Episode abgearbeitet.

Stattdessen wurden auf einmal Cersei und dann Daenerys zu den Hauptfeinden. Das hatten so nur wenige erwartet, insofern bleibt sich Game of Thrones treu. Aber es war natürlich extrem antiklimatisch, nach der Episode drei war der Hauptgegner besiegt – man konnte auf einen anderen Kanal schalten.

Auch wie einer der Drachen getötet wurde, Missandei gefangen genommen wurde & dann im nächsten Moment der zweite Drache ganze Flotten zerstört – das war alles ziemlich unlogisch, aber logisches Denken kann man ausschalten, wenn der Plot gut ist.

Genau hier liegt aber das Problem: Dass Daenerys von jetzt auf gleich zur „mad Queen“ wird, war ebenfalls überhastet. Natürlich hatte sich das Ganze schon angedeutet, aber auch hier hätte man sich einfach mehr Zeit nehmen müssen.

Die Wandlung von Daenerys zur „mad Queen“ rettet die Staffel aber auch irgendwie. Das in Schutt-und-Asche-legen von King's Landing kann vom Showeffekt her doch das unrühmliche Ende des Night King ein wenig überdecken.

Wenn Daenerys dann auf einmal Winterfell „befreien“ will – obwohl es dort gar keine Sklaven gibt und die Nordmänner ihre Unabhängigkeit wollen – und sagt, dass sie gleich die ganze Welt „befreien“ will – ob diese das nun will oder nicht – dann ergibt Game of Thrones auf den letzten Metern doch wieder etwas Sinn.

An dieser Stelle denkt man unwillkürlich an die reale Welt. Man denkt an all jene, die gerne vollmundig von Demokratie und Freiheit sprechen, aber das Gegenteil tun.

Beispielsweise an eine UN, die von „Humanismus“ und „Demokratie“ spricht, in Wirklichkeit aber weder gewählt noch anderweitig demokratisch legitimiert ist – und trotzdem den Demokratien Europas die Politik diktieren will.

Man denkt an eine EU, die von „Frieden“ und „Demokratie“ spricht, deren Beitritt aber nicht durch Referenden legitimiert wurde, deren Kommission und Gerichtshöfe sich regelmäßig über die Verfassungen hinwegsetzen und die ernsthafte Konflikte in Europa schafft.

Und man denkt an einen Norden, der lieber unabhängig sein

will, statt dem IS mit „Liebe“ zu begegnen.

Das alles verleiht dem Ende zumindest ein wenig Tiefe, die mit dem Tod des Night King verloren gegangen war. Allerdings hält es nicht lange an.

Wenn schließlich ausgerechnet Bran König wird, ist das zu platt und enttäuscht wieder. Da er die Zukunft sehen kann und absolut neutral ist, ist es der „easy way out“. Die Diskussion über das richtige Regierungssystem fällt aus, denn wir haben ja Bran.

Dass Sam für die Einführung einer Republik plädiert – und prompt ausgelacht wird – ist dann wieder eine witzige, aber auch durchaus selbstkritische Stelle.

Schaut man auf die gesamte Serie zurück, sieht man Höhen und Tiefen. Es gibt einige sehr schöne Stellen, interessante Charaktere, aber eben auch ein überhastetes Ende und etwas zu übertriebene Schockeffekte.

Fazit: Game of Thrones ist eine schöne Serie. Es hat viel Spaß gemacht, sie zu schauen. Sie hat den Ruf von HBO gefestigt, dass sie grandiose Filme drehen können. Aber man muss sie nicht gesehen haben. Wer sie nicht gesehen hat, verpasst eben nur, wie gute Intentionen zu bösen werden, der Heilsbringer zum Diktator. Dass man Worten von Politikern keinen Glauben schenken darf, sondern nur ihren Taten.

Tiefer geht die Message leider nicht.



Kickl wirft ÖVP „kalte und nüchterne Machtbesoffenheit“ vor

Die Führung der österreichischen FPÖ hat den Rücktritt aller ihrer Minister angekündigt, sollte Innenminister Kickl seinen Posten räumen müssen. Das erklärten der neue Parteichef und Verkehrsminister Norbert Hofer und Innenminister Herbert Kickl bei einer Pressekonferenz am Montag Vormittag (Video oben). Der von Bundeskanzler Sebastian Kurz geführten ÖVP warf Kickl „kalte und nüchterne Machtbesoffenheit“ vor, weil sie der FPÖ offensichtlich das Innenressort wegnehmen wolle. Kickl erwähnte mehrfach „Mächte aus dem Ausland“, die die Regierung in die Krise stürzen würden und betonte: „Es gibt keine Staatskrise.“



Broders Spiegel: Wer kommt in den sicheren Hafen?

Die Stadt Nordhorn in Niedersachsen hat sich vor Kurzem zum „sicheren Hafen für Flüchtlinge“ erklärt. Doch wer will schon nach Nordhorn?

Einem Flüchtling, der seinen Verfolgern entkommen muss, nutzt

ein „sicherer Hafen“ in Nordhorn nicht viel. Aber so manchem Nordhorner vielleicht.

Der „sichere Hafen“ könnte zum Beispiel Fördermittel aus dem Programm „Demokratie leben“ des Familienministeriums anlocken. Mit diesem Programm muss Deutschland ohnehin aus der Masse anderer Staaten herausragen.

In welchem Land sonst will eine Regierung dem eigenen Volk ständig Demokratie beibringen?

Normalerweise brachten bislang die Völker mittels Abstimmungsverhalten, Demonstrationen, Streiks oder zuweilen auch Aufständen und Revolutionen ihrer Obrigkeit Demokratie bei, aber nicht umgekehrt. Außer in Deutschland.



Neue Eskalation: Trump droht Mullahs mit Vernichtung

Von EUGEN PRINZ | Seit Anfang letzter Woche hat die Bundeswehr ihre Ausbildungsmission im Irak aufgrund der angespannten Lage [ausgesetzt](#), um kein Risiko einzugehen und die eigenen Soldaten zu schützen. Gleichzeitig [hat Spanien ein Kriegsschiff](#) aus dem Flottenverband um den US-Flugzeugträger „USS Abraham Lincoln“ abgezogen, denn die sozialistische Regierung wollte nicht, dass die Fregatte „Méndez de Núñez“ zusammen mit den anderen Kriegsschiffen in den Persischen Golf einläuft. Dazu kommen

Truppenbewegungen, Botschaftspersonal wird nach Hause geholt und die beiden Kontrahenten zeigten sich unnachgiebig. Es ist eine Atmosphäre wie am Vorabend eines Krieges.

Allerdings schlägt den Amerikanern seitens der Europäer große Skepsis entgegen, was die „Glaubwürdigen Bedrohungen“, die die US-Geheimdienste angeblich ausgemacht haben, betrifft.

Die Erinnerung an den Golfkrieg ist noch frisch

Die Erinnerung an den Feldzug gegen den Irak, der vor gut 15 Jahren mit Lügen und Halbwahrheiten über Saddam Husseins „Massenvernichtungswaffen“ begonnen wurde, ist bei den Europäern noch frisch. Nun traut man den Amerikanern nicht mehr über den Weg, besonders was die Behauptung solcher Bedrohungslagen betrifft. Noch dazu, wenn der stellvertretende Kommandeur der Antiterror-Operation *Inherent Resolve* in Syrien und im Irak, der britische Generalmajor Christopher Ghika, erklärt, dass es [keine erhöhten Bedrohungen](#) von durch den Iran unterstützten Kräften im Irak und Syrien gibt.

Bisher hat es US-Außenminister Mike Pompeo nicht geschafft, seine europäischen Amtskollegen zu überzeugen. Das liegt hauptsächlich daran, dass die Amerikaner andere Ziele verfolgen als die Europäer. Der EU geht es in erster Linie darum, das Mullah-Regime davon abzuhalten, eine Atombombe zu bauen. Diese Linie vertritt auch Russland. Dass der Iran in sämtlichen Krisengebieten der Region durch Unterstützung von Milizen und Terrorbanden seine Finger drin hat und Unruhe stiftet, nimmt man in Kauf.

Auch Trump will natürlich nicht, dass der Iran zur Atommacht wird, aber der US-Präsident strebt zusätzlich an, dem Treiben der Mullahs in Teheran ein Ende zu setzen und das Regime zu beseitigen. Medienberichten zufolge gibt es zwischen dem Ultra-Hardliner und Nationalen Sicherheitsberater des US-Präsidenten, John Bolton, und anderen Regierungsmitgliedern erhebliche Meinungsverschiedenheiten zur Iran-Politik. Es

heißt, dass Bolton [in den Krieg ziehen](#) will und versucht, Trump davon zu überzeugen.

Zwischendurch Signale der Entspannung

Vor einigen Tagen ruderte der US-Präsident dann [wieder etwas zurück](#). Er verkündete, dass er weiterhin Verhandlungen mit dem Iran anstrebt. „Ich bin sicher, dass der Iran bald reden will“, schrieb Trump letzten Mittwoch auf Twitter. Am Donnerstag sagte der iranische Außenminister Mohammad Dschawad Sarif bei einem Besuch in Tokio, dass sein Land trotz des US-Ausstiegs aus dem internationalen Atomabkommen „maximale Zurückhaltung“ an den Tag legen wird.

Diese positiven Signale wurden von den Europäern mit Erleichterung aufgenommen, denn gerade in so einer Situation gilt es, höchste Vorsicht walten zu lassen. Ein Irrtum, eine Fehleinschätzung, ein Missverständnis – und das Pulverfass explodiert. Und obwohl die Europäer zu den Leidtragenden einer Eskalation gehören würden, können sie doch kaum etwas tun, um so eine Katastrophe zu verhindern.

Neuerliche Eskalation

Doch die Erleichterung war nicht von langer Dauer, denn am Sonntag schlug eine iranische Rakete in der Grünen Zone von Bagdad weniger als 1,6 Kilometer von der US-Botschaft entfernt ein. Soviel zum Thema „maximale Zurückhaltung“. US-Präsident Trump reagierte darauf auf Twitter:

If Iran wants to fight, that will be the official end of Iran. Never threaten the United States again!

– Donald J. Trump (@realDonaldTrump) [19. Mai 2019](#)

(„Wenn der Iran kämpfen will, ist es das offizielle Ende des Iran. Drohen Sie nie wieder den Vereinigten Staaten!“)

Was bedeutet ein Iran-Krieg für Deutschland?

Der Iran würde wahrscheinlich auf einen Angriff mit einer Blockade der Straße von Hormus reagieren. Die Meerenge verbindet den Persischen Golf mit dem Indischen Ozean und ist von zentraler Bedeutung für den Rohöltransport. Die Entwicklung der Preise für Rohöl, Gas und Benzin mag man sich nicht vorstellen, ebenso wenig die Auswirkung auf die Wirtschaft und die Aktienkurse. Zudem wäre ein Krieg der USA mit dem Iran der Auslöser eines erneuten Flüchtlings-Tsunamis nach dem Muster von 2015. Wie die in Deutschland lebenden Schiiten auf einen Militärschlag der USA reagieren werden, bleibt abzuwarten. Innere Unruhen und Terroranschläge sind jedoch nicht unwahrscheinlich.

Das Risiko für die USA

ist überschaubar, möchte man den Satz beenden. Die USA bräuchten einen hohen Ölpreis nicht zu fürchten, im Gegenteil. Durch das mit Fracking gewonnene Schieferöl und -gas gehören die Vereinigten Staaten seit 2018 [wieder zu den Exportländern](#) für diese Energieträger und würden von massiven Preissteigerungen sogar profitieren. Und die Milliarden, die der Krieg kosten würde? Die ließen sich später in Form von Reparationszahlungen wieder ausgleichen. Der Iran hat die zweitgrößten Ölvorkommen der Welt, da ist was zu holen. Auch über die Flüchtlingsströme braucht sich die Supermacht jenseits des Großen Teiches aus naheliegenden Gründen keine Sorgen zu machen. Zudem würde sie ihren letzten Gegner im Nahen Osten ausschalten, was allerdings den Russen nicht allzu gelegen käme. Seit dem Ende des kalten Krieges gibt es eine Zusammenarbeit zwischen Rußland und dem Iran. Dieser stellte 2016 den Russen sogar einen Luftwaffenstützpunkt für ihre Einsätze in Syrien zur Verfügung. Russland ist an einer starken anti-amerikanischen Führung im Iran interessiert, wohingegen es ebenfalls keinen nuklear bewaffneten Iran möchte. Ein weiterer Schwachpunkt: Die Amerikaner haben bisher jedes Mal im Nahen Osten bewiesen, dass es ihnen ein leichtes

ist, einen Krieg dort schnell zu gewinnen, aber sie schaffen es nicht, die Region anschließend zu stabilisieren und müssen auf Jahrzehnte mit Truppen vor Ort bleiben.

Krieg gegen den Iran: Pro und Contra

Aus Sicht der Europäer gibt es – wie bereits erleutert – wenig Gründe, einen Krieg gegen den Iran zu befürworten, insbesondere wenn man es nach dem Motto, dass einem das Hemd näher ist, als die Jacke, betrachtet. Für Israel hingegen stellt der Iran eine permanente Bedrohung dar. Die Mullahs machen keinen Hehl daraus, dass sie die verhassten Juden lieber heute als morgen von der Landkarte tilgen würden. Obwohl die Internationale Atomenergiebehörde bestätigt, dass sich der Iran [an das Atomabkommen hält](#), gibt es dennoch immer wieder [Berichte über Verstöße](#) dagegen. Nun mag man vermuten, dass der Iran die Atombombe anstrebt, weil die Mullahs das Schicksal von Muammar al-Gaddafi vor Augen haben, der auf die Bombe verzichtete. Dennoch wäre es grob fahrlässig von den Israelis, darauf zu vertrauen, dass der Iran diese Waffe nicht gegen sie einsetzt, wenn er sie hat. Man muss auch wissen, dass in der Präambel der Iranischen Verfassung steht, dass es Aufgabe und Verpflichtung der islamischen Republik Iran ist, mitzuwirken, die Herrschaft des Islams über alle Länder der Erde auszudehnen. Dort steht ebenfalls, daß die islamische Armee des Iran verpflichtet ist, für Allah und die weltweite Herrschaft des Islams zu kämpfen. Betrachtet man noch die Verfolgung der Christen in diesem Gottesstaat, dann ist man schon eher einem Angriff auf dieses Land zugeneigt. Allerdings ließen sich ähnliche Gründe auch für Saudi Arabien anführen.

Fazit

Ob man ein Gegner oder Befürworter eines Krieges der USA gegen den Iran ist, hängt also von der jeweiligen Interessenlage ab. Und die ist bei den Europäern eine andere als bei den Israelis und den Amerikanern, obwohl Einigkeit darüber besteht, dass das Mullah-Regime eine Plage ist, die beseitigt gehört. Ob

sich ein Krieg vermeiden lässt, ist fraglich. Denn der Iran leidet schwer unter den US – Sanktionen. Deshalb geraten auch die Mullahs immer mehr unter Zugzwang.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).